



PRESSE

KONFERENZ

VON

LR RUDI ANSCHOBER

LANDESSPRECHER DER GRÜNEN OÖ

NABG. DI. DR. WOLFGANG PIRKLHUBER

LANDWIRTSCHAFTSSPRECHER DER GRÜNEN IM PARLAMENT

HR MAG. MAXIMILIAN LIEDLBAUER

PRÄSIDENT OÖ LANDESVBAND FÜR BIENZUCHT

Grüne schmieden Allianz für Bienen

„Neonicotinoide und Bienensterben - die EU geht den richtigen Weg, wo bleibt Österreich?“

LINZ, PRESSEBÜRO DER GRÜNEN OÖ

DIENSTAG, 7. MAI 2013

Grüne schmieden Allianz für Bienen **„Neonicotinoide und Bienensterben - die EU geht den richtigen Weg, wo bleibt Österreich?“**

Bienen sind wichtige Nutztiere, tragen erheblich zum Erhalt von Kultur- und Wildpflanzen bei und sie ermöglichen erst die Erträge von Nutzpflanzen. Seit Jahren werden in Österreich Bienenschäden durch bestimmte Pestizide in Kauf genommen. Auf EU-Ebene wird – trotz Gegenstimme von Österreich – nun endlich als erster Schritt ein befristetes Verbot von drei Pestiziden kommen. Grüne und Imker fordern jedoch weiterhin ein Totalverbot der hochgiftigen bienengefährdenden Pestizide. Zur Eindämmung des Maiswurzelbohrers ist die konsequente Fruchtfolge der richtige Ansatz.

Oberösterreich ist das Land der Bienen: 7178 ImkerInnen betreuen 97.350 Bienenvölker. Das sind die mit Abstand meisten Bienenvölker aller Bundesländer - es folgt die Steiermark mit unter 60.000 und Niederösterreich mit unter 40.000. Damit ist Oberösterreich auch hauptbetroffen von bienengefährdenden Pestiziden. Bereits vier Nanogramm, also ein viermilliardstel Gramm dieser Pestizide, sind für eine Biene tödlich, schon viel geringere Dosen können zu Orientierungsstörungen und anderen Gefährdungen für die Bienenvölker führen. Rund 30 Prozent der Pflanzennahrung des Menschen sind auf Bestäubung durch Bienen angewiesen. Dass Neonicotinoide eine Ursache für Bienensterben sind, ist seit längerem unbestritten.

Bienen sind wichtige Nutztiere. Zwei Drittel der wichtigsten Kulturpflanzen sind laut Welternährungsorganisation FAO von der Bestäubung durch Bienen abhängig. In einem aktuellen Berichtsentswurf für das Europäische Parlament zur Bienengesundheit wird festgehalten: "Schätzungen zufolge sind in Europa 84% aller Pflanzenarten und 76% der Nahrungsmittelproduktion von der Bestäubung der Pflanzen durch Bienen abhängig – der ökonomische Wert dieser Leistung übersteigt bei weitem den Wert des erzeugten Honigs und wird für die EU mit etwa 15 Mrd. Euro jährlich veranschlagt."

Beginnend mit Mitte 1990 in Frankreich wird in den letzten Jahren ein weltweites Sterben von Bienenvölkern beobachtet. Erstmals etwa 2003 wird auch in Österreich das außergewöhnlich hohe Sterben der Bienen beobachtet und zum Thema gemacht. Schon damals gab es Hinweise, dass der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft eine große Gefahr für Bienen darstellt.

2006/2007 berichteten die Medien weltweit vom großflächigen Bienensterben in Amerika und 2008 gab es bereits Alarm in Deutschland über massive Bienenverluste vor allem im Raum Baden-Württemberg im Rheingraben und teilweise in Bayern. 12.500 Bienenvölker waren geschädigt (800 Imker betroffen). Dieselbe Situation war in der Po-Ebene (Italien) zu beobachten mit 50.000 betroffenen Bienenvölkern und einer regelrechten Flucht der Berufsimker mit ihren Völkern aus dieser Region.

Auch in Österreich meldeten die Imker beträchtliche Schäden an ihren Bienenvölkern. In den Jahren 2009 und 2010 wurden die in Verdacht stehenden Mittel in Italien und Deutschland

verboten bzw. deren Zulassung aufgehoben oder keine Zulassung ausgesprochen. Auch in Slowenien ist der Einsatz mittlerweile verboten.

Bienenschäden durch Maisbeize nachgewiesen - akut tödlich, aber auch geringste Dosen beeinträchtigen Funktion der Bienenvölker

Die Zusammenhänge von Bienenschäden und Einsatz von Pestiziden wurden in Österreich seit 2009 im Rahmen des Projekts "Melissa" von der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) wissenschaftlich untersucht. Aus diesen Untersuchungen geht klar hervor, dass in allen Jahren Schäden durch neonicotinoide Beizmittel nachgewiesen wurden.

Neben der ohnedies unumstrittenen akut tödlichen Kontaktwirkung haben die Ergebnisse des italienischen Forschungsprojektes "APENET" gezeigt, dass kleinste Dosen dieser Beizmittelgruppe der Neonicotinoide die biologische Funktion der Völker negativ beeinflussen, indem sie das Immunsystem der Bienenvölker stark beeinträchtigen und damit aktiv den Ausbruch von Krankheiten bei den Bienen begünstigen und auslösen.

Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlamentes, die vom österreichischen Umweltbundesamt erstellt wurde, kam zu dem Erkenntnis, dass aufgrund des Vorsorgeprinzips der Einsatz von Neonicotinoiden ausgesetzt werden sollte.

Die längerfristigen Belastungen und die ökologischen Gesamtschäden durch den Einsatz dieser Pestizide sind noch kaum erforscht. Alle Nützlinge, nicht nur Bienen, auch Hummeln, Wildbienen und Vögel werden durch diese Pestizide geschädigt, ebenso wie langfristig das Trinkwasser gefährdet wird, da es zu Anreicherungen im Boden und weiters zu Ab- und Ausschwemmungen in das Grundwasser und in Oberflächengewässer kommt.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) war Mitte Jänner 2013 zum Schluss gekommen, dass Neonicotinoide aus Sicht des Bienenschutzes vor allem in Mais-, Raps- und Sonnenblumenbeständen ein Risiko für die Bienen darstellen. Die EFSA hält fest, dass nur die Verwendung bei Nutzpflanzen, die für Honigbienen uninteressant sind, akzeptabel sei. Auf dieser Grundlage hat sich die Europäische Kommission für ein zweijähriges europaweites Moratorium für drei der bienengefährlichen Pestizide ausgesprochen. Ende April 2013 stimmt eine (allerdings nicht ausreichende) Mehrheit von EU-Staaten für das Moratorium. BM Berlakovich stimmt für Österreich gegen das Verbot der Pestizide.

Maisbeize gegen Maiswurzelbohrer – ein Problem der Monokulturen

Beizmittel werden zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers eingesetzt. Diesem Schädling kommt man jedoch am besten durch eine konsequente Fruchtfolge-Bewirtschaftung bei. Zwar wurde 2012 in den letzten Novellen der Bundesländer-Verordnungen die Beizpflicht im 3. Folgejahr Maisanbau aufgehoben, jedoch ist weiterhin bis zu 3 Jahre hintereinander Maisanbau möglich. Das ist jedenfalls noch kein Durchbruch für die Fruchtfolge gewesen, ein klares Verbot bzw. Aussetzen der Zulassung der bienenschädigenden Beizmittel ist immer noch ausständig.

Vorbild Baden-Württemberg

Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg, das mit seiner kleinstrukturierten Landwirtschaft durchaus vergleichbar mit Oberösterreich ist und über einen durchaus nennenswerten Maisanbau verfügt, ist man einen viel konsequenteren Weg gegangen.

Generell wurde ja in Deutschland die Zulassung der Neonicotinoide als Beizmittel ausgesetzt, diese dürfen bei Mais somit nicht mehr angewendet werden. Dies stellt offenbar kein Problem in der Bekämpfung des Maiswurzelbohrers da, denn dieser wird zwischenzeitlich als typischer "Fruchtfolgeschädling" klassifiziert. In Baden-Württemberg wird er mit ackerbaulichen Maßnahmen der Fruchtfolge unter der Schadensschwelle gehalten. Dazu hat das Landwirtschaftsministerium angeordnet, dass nach zweijährigem Maisanbau im dritten Jahr ein Fruchtfolgegewechsel stattfinden muss – und diese Vorgaben werden überwacht. Trotz der fehlenden Beizmittel wurden die Maisanbauflächen ausgeweitet.

Und Baden-Württemberg ist noch einen Schritt weiter gegangen und verzichtet als bis dato einziges deutsches Bundesland ganz auf den Einsatz von Neonicotinoiden im Maisanbau: Neben dem bundesweiten Verbot als Beizmittel und dem Verzicht in der Maisblütenspritzung ist in Baden-Württemberg auch ein Bodengranulat auf Neonicotinoid-Basis verboten.

Forderung: bienengefährdende Pestizide in der EU und Österreich endlich generell verbieten, weiterführende Untersuchungen zu allen Neonicotinoiden

Für die Grünen hat der Schutz der Bienen durch einen vorbeugenden Pflanzenschutz Priorität. Für den Maisanbau bedeutet das, dass dieser in die Fruchtfolge integriert werden muss (zwei bis mehrgliedrig). Zwischenfrüchte sind anzubauen (z.B. Senf, Phacelia) und das Stroh- und Stoppelmanagement ist zu optimieren (z.B. Schlegelmulcher gegen den Maiszünsler und Fusarien). Diese Maßnahmen schützen nicht nur vor Schädlingen, sondern verbessern auch das Nahrungsangebot der Bienen.

Der Einsatz von bienengefährlichen Beizmitteln bzw. Pestiziden muss ab 2014 generell verboten werden, der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein auf zwei Jahre befristetes Verbot von drei bienengefährdenden Neonicotinoiden ist nicht ausreichend.

Weiters müssen die Untersuchungen über die Wirkung aller Neonicotinoide weiter vorangetrieben werden. Hier gibt es noch viele ungeklärte Fragen, die über die derzeit in Diskussion stehenden drei Neonicotinoide weit hinausgehen.

Auch in der Förderpolitik sind Anreize für die Landwirte zur Rückkehr von der Maismonokultur zu einer echten Fruchtwechselwirtschaft ebenso zu setzen wie solche zum Schutz der Bienen. Minister Berlakovich könnte durch Fördermittel für vorsorgenden, nicht chemischen Pflanzenschutz, für weite Fruchtfolgen und für den ökologischen Anbau einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bienen leisten. Wir fordern unter anderem die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden innerhalb von 5 Jahren um 30 Prozent und die Einführung einer Pestizidabgabe.

Nicht zuletzt das Zulassungssystem muss dringend verändert werden. Die Bienengefährlichkeit muss als Ausschlusskriterium aufgenommen werden. Hier reicht nicht die alte LD50-Methode. Es müssen die Erkenntnisse der Auswirkungen auf das Bienenvolk als Ganzes in die Bewertung Aufnahme finden. Die Risikobewertung muss bei nachgewiesener systemischer Wirkung erweitert werden (dies fordert auch die European Beekeeping Coordination).

Vielfältige Landschaften – die Grundlage für das Überleben der Bienen

Um das Überleben der Bienen und damit unsere Ernährungsgrundlagen langfristig zu sichern, ist ein Verbot der hochgiftigen Pestizide jedoch nur ein erster, notwendiger Schritt. Honig- und Wildbienen brauchen eine vielfältige Landschaft, Monokulturen und das Ausräumen der Landschaft haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre Lebensgrundlagen sukzessive eingeschränkt. Gemeinsam mit den ImkerInnen, der Landwirtschaft, dem Naturschutz, den Verantwortlichen für öffentliches Grün, aber auch privaten Organisationen wie Siedlerverbänden muss es gelingen, unsere Landschaften wieder mehr zum Blühen zu bringen – als Nahrungsgrundlage für Bienen, aber auch Hummeln und alle anderen Blütenbestäuber.